

## **ANTRAG**

**der Fraktion der CDU**

### **Maßnahmen zur Versorgungssicherheit bei Humanarzneimitteln ausbauen – Lieferengpässen endlich aktiv begegnen**

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Nach wie vor bestehen gravierende Lieferengpässe bei Humanarzneimitteln. Unter den vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte gelisteten 479 Medikamenten (Stand: 20. April 2023) befinden sich weiterhin etwa Antibiotika, Fiebersäfte, Blutdrucksenker und Krebsmedikamente. Nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung und des Apothekerverbandes ist in Mecklenburg-Vorpommern jedes zehnte rezeptpflichtige Medikament nicht verfügbar. Es wird offensichtlich, dass die bisher von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen zu spät und in nicht ausreichendem Maße ergriffen wurden. Die Folgen sind für die Betroffenen, darunter häufig auch Kinder, weitreichend. Inzwischen sind auch Ersatzmedikamente mit vergleichbarem Wirkstoff nur schwer erhältlich. Es wird immer deutlicher, dass die Maßnahmen unter breiter Beteiligung ausgebaut werden müssen. In dieser Verantwortung steht neben der Bundesregierung selbstverständlich auch die Landesregierung.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Strategie mit landes- und bundesseitigen Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung mit Humanarzneimitteln zu erarbeiten. Folgende Aspekte sind dabei beispielsweise zu berücksichtigen:

1. Einbindung von Apothekerverbänden, Krankenkassen, Pharmavertretern sowie wissenschaftlicher Expertise in die Erarbeitung.
2. Schaffung von Anreizen zur Ansiedlung von Wirkstoff- und Arzneimittelproduzenten in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern.

3. Abbau von bürokratischen Hürden sowie der Ausbau von Digitalisierung.
4. Ausbau der Entscheidungsspielräume von Apotheken.
5. eine bessere Verknüpfung zwischen Ärzten und Apotheken über die Verfügbarkeit von Arzneimitteln.
6. Erweiterung des Vergabekriteriums „Wirkstoffproduktion EU“ auf weitere Generika, wie beispielsweise Schmerzmittel oder Blutdrucksenker.

### **Franz-Robert Liskow und Fraktion**

#### **Begründung:**

Die angespannte Situation mit der Versorgung von Humanarzneimitteln hält weiterhin an. Trotz der vollzogenen und angekündigten Maßnahmen von Bundesminister für Gesundheit, Prof. Dr. Karl Lauterbach, herrschen weiterhin an vielen Stellen Lieferengpässe bei Medikamenten. Statt einer Entspannung kann vielmehr eine Verschärfung der Situation beobachtet werden. Waren im November 2022 noch rund 350 Lieferengpässe durch das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte registriert worden, sind es inzwischen mit Stand vom 20. April 2023 fast 480 Medikamente. Betroffen sind weiterhin Antibiotika, Fiebersäfte, Krebsmedikamente und neuerdings auch Heuschnupfmedikamente. Von dieser Entwicklung ist Mecklenburg-Vorpommern in gleichem Maße betroffen.

Die Ursachen sind vielfältig und die Zuständigkeitsbereiche vorrangig auf EU- und Bundesebene zu sehen. Klar ist auch, dass in Mecklenburg-Vorpommern und durch die Landesregierung das Problem von Lieferengpässen bei Humanarzneimitteln nicht im Alleingang gelöst werden wird. Diese Voraussetzungen sind jedoch kein Grund, sich aus der Verantwortung zu ziehen und auf die Zuständigkeit des Bundes zu verweisen. Die Landesregierung ist sehr wohl verantwortlich für die Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung. Sie ist daher in der Pflicht, Initiative zu ergreifen, Maßnahmen auf Landesebene einzuleiten und mit Forderungen an den Bund heranzutreten. Dieses Engagement war bislang jedoch nicht erkennbar. Der Antrag sieht daher die Erarbeitung einer Strategie unter der Mitwirkung sachkundiger Expertise vor. Die Behebung von Lieferengpässen wird eine langfristige Aufgabe bleiben. Dazu braucht es auf allen Ebenen ein stärkeres Zusammenwirken. Mecklenburg-Vorpommern kann mit eigenen Vorstellungen und Ideen vorangehen.